



Das föderale System ist unter Druck

Deutschland leistet sich eine Föderalstruktur, die viele Abläufe erschwert. Neben der Bundesregierung gibt es noch 16 Länderregierungen mit entsprechenden Parlamenten. Die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern sind eigentlich geregelt, aber eben nur eigentlich, wenn man sich den Streit um die Beschaffung von Schnelltests betrachtet. Dass es eine Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) gibt, haben die meisten Bürger erst mitbekommen, als sie neben der Kanzlerin auch den Vorsitzenden und seinen Vize bei den Corona-Presskonferenzen sitzen sahen. Für jedes Ressort gibt es diese Konferenzen. So zum Beispiel die Kultusministerkonferenz, die seit Jahren die Digitalisierung der Schulen verpennt und mit solch klugen Ratschlägen wie „Lüften!“ aufwartet, anstatt flächendeckend Raumlüfter anzuschaffen.

Wie kompliziert unser föderales System ist, zeigt sich überdeutlich in der Corona-Krise. Einheitliche Regelungen sind schwer durchsetzbar. Muss vielleicht auch nicht sein, da es regionale Unterschiede gibt. So schwankt der berühmte Inzidenzwert zwischen 135 in Thüringen und 45 in Schleswig-Holstein. (Berlin heute 59). Die Pandemie hat die Welt eiskalt erwischt. Und jedes Land geht anders mit der Bekämpfung um. Stehen aber Länder mit zentralen Strukturen besser da als wir mit unseren Bundesländern? In Frankreich, wo von Paris aus das Land zentral regiert wird, sind knapp vier Millionen Menschen infiziert, in Deutschland 2,5 Mio. Und das bei einer Bevölkerungszahl von 67,4 Mio. in Frankreich und 83,2 Mio. in Deutschland. Auch bei den zu beklagenden Todesopfern liegt der Zentralstaat Frankreich mit 89.000 vor Deutschland mit 72.000. Und auch bei der Impfquote liegen wir mit 6,39% vor Frankreich mit 5,72%. Wobei erwähnt werden darf, dass wir damit auf Platz 45 und Frankreich Platz 50 weltweit liegen.

Allein an den politischen Strukturunterschieden kann es also nicht liegen. Dennoch, viele Abläufe sind bei uns zu kompliziert und dauern zu lange. Deshalb ist der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ralph Brinkhaus**, vorgeprescht. Nach seiner Einschätzung benötigt Deutschland eine „Jahrhundertreform“ seiner Verwaltung. „Wir brauchen eine Modernisierung unserer kompletten Staatlichkeit“, sagte der CDU-Politiker der „Welt am Sonntag“. Als wichtigste Ziele nannte Brinkhaus Digitalisierung, neue Planungs- und Genehmigungsprozesse sowie

eine bessere Vernetzung der einzelnen Ebenen vom Bund bis zu den Gemeinden. „Wir brauchen eine Jahrhundertreform - vielleicht sogar eine Revolution“, sagte er. Auch das Bildungssystem müsse digital werden. Deutschland müsse in der Lage sein, auf Krisen „schnell, flexibel und einheitlich“ zu reagieren. Quelle: Süddeutsche Zeitung

Ähnlich äußerte er sich bei **Markus Lanz** am 9. März. Allerdings kam dieses Thema ziemlich kurz, weil Brinkhaus sowohl von **Markus Lanz** wie auch vom Blogger **Sascha Lobo** wegen der Masken-Affäre in die Zange genommen wurde. Alle Transparenz-Bemühungen seien zwar richtig, kämen aber viel zu spät. Und beim Thema Pandemiebekämpfung schaltete sich noch der Intensivmediziner **Tankred Stöbe** ein, der heftige Kritik übte. Brinkhaus' Versuche, nicht alle Maßnahmen schlecht reden zu lassen, fruchteten nicht. Der Unions-Vorsitzende bezog Prügel von allen Seiten und musste seinen Kopf für alle Versäumnisse des Bundes hinhalten. Stöbe sagte, dass es Deutschland „noch in der ersten Welle gut gemacht habe – wenn auch vor allem mit Glück, weil es da um viele jüngere Infizierte aus Skigebieten gegangen sei.“ Nun aber habe es Deutschland nicht mehr gut gemacht, betont Stöbe. „Und er wird noch deutlicher: „Europa ist der am schlechtesten gemachte Corona-Kontinent.“ Zitate: WELT.online

Seit Wochen werden uns Millionen Impfdosen und Schnelltests von der Politik versprochen. Zum Jahrestag des ersten Lockdowns sind wir bei der Problemlösung nur einen kleinen Schritt weitergekommen. Das kann nicht allein am deutschen Föderalismus liegen. Mehr als je zuvor müssen wir erkennen, dass unsere Politiker, wenn es wirklich darauf ankommt, nur mäßige Krisenmanager sind. Bleibt zu hoffen, dass alle Fehler und Versäumnisse dokumentiert werden und dazu beitragen, dass es bei künftigen Krisen besser läuft. Das Sterben in den Alten- und Pflegeheimen hätte verhindert werden müssen und können.

Viele von uns holen sich jedes Jahr bei ihrem Hausarzt die Grippe-Impfung ab. Dass erst jetzt darüber diskutiert wird, dort auch gegen Corona geimpft werden zu können, ist nicht nachvollziehbar.

Einen Wermutstropfen verschütete bei Lanz die Ärztin **Mariam Klouche**. Von Schnelltests hält sie wenig, von Selbsttests noch weniger. Nur mit einem PCR-Test sei man auf der sicheren Seite, weil er im Gegensatz zu den anderen, die Infektion schon in einem sehr frühen Stadium erkenne. Ein PCR-Test kostet allerdings zwischen 60 und 80 Euro. **Ed Koch**